

# Richtung stimmt, doch vieles fehlt

Teilweise widersprüchliche Stellungnahmen zum Revisionspaket «Stärkung der Volksschule»

**Die meisten Parteien und Verbände finden die Vorschläge zwar nicht falsch, vermissen jedoch wesentliche ihrer Anliegen.**

HANS FAHRLÄNDER

Über die Vernehmlassung der SVP und des Lehrerdachverbandes (ALV) haben wir unter dem Titel «Es riecht nach Pulverdampf» bereits am 2. September berichtet. Nun liegen die Stellungnahmen von sieben weiteren Parteien und vier Verbänden vor. Die Situation ist einigermaßen paradox: Auf den meisten Vernehmlassungsbögen hat es fast ausschliesslich Ja-Kreuzlein. Trotzdem dominiert insgesamt der Eindruck «unbefriedigend, nachbessern».

## BDP ist gegen das Modell 6/3

Die Strukturharmonisierung mit den übrigen Kantonen – obligatorischer zweijähriger Kindergarten als Teil der Volksschule, 6 Jahre Primarschule, 3 Jahre Oberstufe – wird überwiegend begrüsst. Die BDP allerdings hält das Modell 6/3 «aus pädagogischen und volkswirtschaftlichen Gründen» für falsch. Die Grünen halten den Einführungszeitpunkt 2013 für verfrüht, sie warnen vor Umsetzungsproblemen. Auch der Gemeindegewerkschaftsverband plädiert für ein Jahr Verschiebung. Die EVP vermisst den «pädagogischen Gewinn» der Umstellung auf 6 Primarschuljahre.

## Wer zahlt die Zusatzlektionen?

Auch die Zusatzlektionen für belastete Klassen werden überwiegend gebilligt. Der VPOD hält die Höhe des Kredits (35 Mio. Franken) allerdings für zu tief, auch die EVP zweifelt, ob der Betrag ausreicht. Der Gewerbeverband

## Update

Zurzeit sind aus dem erweiterten Bildungsbereich **drei Vorlagen unterwegs**. Zusatzlektionen für belastete Schulen im Rahmen von 7 Mio. Franken jährlich sollen bereits ab dem Schuljahr 2011/12 möglich sein. Für den Übergangskredit fand im Sommer eine Vernehmlassung statt. Im November wird der Grosse Rat darüber befinden. Zum eigentlichen «Stärkungspaket» ist die Vernehmlassung soeben abgelaufen (Ergebnisse nebenstehend). 2011 sollen die Grossratslesungen stattfinden, im März 2012 die Volksabstimmung. Ab dem Schuljahr 2013/14 soll es in Kraft sein. Die Vorlage «Familienergänzende Kinderbetreuung» (ehemals «Tagesstrukturen») wird vom Departement Gesundheit und Soziales bearbeitet. Die Vernehmlassung endet am 25. September. Der Fahrplan ist ähnlich: Parlamentsberatungen 2011, Volksabstimmung 2012, Inkraftsetzung Anfang 2013. (FA)

band hält ihn für zu hoch. Handelskammer und BDP finden, die Kosten seien ganz vom Kanton zu zahlen und nicht zwischen Kanton und Gemeinden aufzuteilen. Die Grünliberalen möchten mehr Auskunft über die Verwendung der Zusatzlektionen. Gewerbeverband und Handelskammer wollen vermeiden, dass damit eine Zementierung der integrativen Schulung stattfindet.

Gegen die Einführung von Assistenzpersonen melden die FDP, aber auch linke Parteien und Verbände Bedenken an. Ihr Pflichtenheft sei unklar. Skeptisch gegenüber regionalen



**VERÄNDERUNG** Die Oberstufe (Bild: eine Sek-Klasse in Ehrendingen) soll verkürzt, die Primarschule verlängert werden. ARCHIV AZ WAL

Spezialklassen sind die Gemeindegewerkschaften. Die EVP findet, diese «Reparaturwerkstätten» setzten in der Karriere schwieriger Kinder zu spät ein.

## Lange Wunschlisten

Mehrere Vernehmlasser fordern im Revisionspaket mehr finanzielle Transparenz, auch in Relation zur noch folgenden Revision des Lehrerlohndekrets. Die Grünen verlangen eine Senkung der Klassengrössen.

Der Freisinn verlangt eine Überprüfung der Regos-Standorte und insistiert, dass erste Begegnungen mit Kulturtechniken bereits im Kindergar-

ten erfolgen sollen. Die SP vermisst einen pädagogischen Auftrag bereits im Kindergarten und Instrumente für einen optimalen Übergang in die Unterstufe. Ebenso einen klaren pädagogischen Auftrag für die neue 6. Klasse und Klassengrössen, welche einen differenzierenden und individualisierenden Unterricht ermöglichen.

Das Papier der CVP hat fast lauter Ja-Kreuze. Trotzdem kommt sie zum Schluss, der Titel der Vorlage sei falsch gewählt, «da wesentliche Elemente der Strukturreform gar nicht aufgenommen werden und keine Stärkung der Volksschule resultiert».